

Niederschrift

über die 17. öffentliche Sitzung
des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen
am Mittwoch, 20.06.2007, 17.00 Uhr,
im Sitzungssaal des Magistrats, Rathaus, Kassel

Anwesende: Siehe Anwesenheitsliste
(Bestandteil der Niederschrift)

Tagesordnung:

1. Gemeinsames Gesundheitsamt von Stadt und Landkreis Kassel 101.16.542
2. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen 101.16.560
gemäß § 114 g Abs. 1 HGO für das Jahr 2007; - Liste 2/2007 -
3. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen 101.16.562
gemäß § 114 g Abs. 1 HGO für das Jahr 2007; - Liste 3/2007 -
4. Gesundheit Nordhessen Holding AG und verbundene 101.16.572
Unternehmen
Bürgschaften für die ZVK
5. FiDT Fördergesellschaft für innovative Dienstleistungen und 101.16.573
Techniken mbH
Änderung des Gesellschaftsvertrages
6. City-Management 101.16.295
7. Erweiterung Friedhofskapelle Oberzwehren 101.16.465
8. Flughafenneubau Calden Beteiligungsrisiko prüfen 101.16.470
9. Weiterleitung der Landesmittel aus dem sogenannten 101.16.490
„Bambini-Programm“ für die Plätze in Kindertagespflege
10. Flughafen Kassel-Calden/Dissertation von Ulrich Hüp 101.16.491
11. Mehrfach befristet Beschäftigte fest einstellen 101.16.500
12. Situation und weitere Entwicklung des Klinikums Kassel und der 101.16.516
GNH
13. Personalsituation Gesundheit Nordhessen Holding AG 101.16.528
14. Petition zum Thema Flughafen Calden im Stadtparlament 101.16.537
behandeln

Vorsitzender Kaiser eröffnet die mit der Einladung vom 13.06.2007 ordnungsgemäß einberufene 17. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zu Tagesordnungspunkt 6, City-Management, Antrag der FDP-Fraktion, -101.16.295-, wird ein geänderter Antrag der FDP-Fraktion als Tischvorlage verteilt.

Zur Tagesordnung

Vorsitzender Kaiser teilt mit, dass die Tagesordnungspunkte 8

Flughafenneubau Calden Beteiligungsrisiko prüfen

Antrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG

- 101.16.470-

und 10

Flughafen Kassel-Calden/Dissertation von Ulrich Hüp

Anfrage der Fraktion Grüne

-101.16.491-

wegen Sachzusammenhangs gemeinsam aufgerufen werden, wobei zuerst die Anfrage unter Tagesordnungspunkt 10 beantwortet wird.

Tagesordnungspunkt 9

Weiterleitung der Landesmittel aus dem sogenannten „Bambini-Programm“ für die Plätze in Kindertagespflege

Antrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG

-101.16.490-,

wird auf Antrag von Stadtverordneten Boeddinghaus abgesetzt.

Tagesordnungspunkt 7

Erweiterung Friedhofskapelle Oberzwehren

Antrag der CDU-Fraktion

-101.16.465-

wird auf Antrag von Stadtverordneten Dr. Wett abgesetzt.

Tagesordnungspunkt 6

City-Management

Antrag der FDP-Fraktion

-101.16.295-

wird auf Antrag von Stadtverordneten Geselle, SPD-Fraktion, wegen Beratungsbedarfs abgesetzt.

Vorsitzender Kaiser stellt die geänderte Tagesordnung fest.

1. Gemeinsames Gesundheitsamt von Stadt und Landkreis Kassel
Vorlage des Magistrats
- 101.16.542 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Dem Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen der Stadt und dem Landkreis Kassel über die Vereinigung der Gesundheitsämter von Stadt und Landkreis Kassel mit Wirkung ab dem 1. Januar 2008 wird zugestimmt.“

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei

Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: Kasseler Linke.ASG
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Gemeinsames Gesundheitsamt von Stadt und Landkreis Kassel, -101.16.542-, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Merz

- 2. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 114 g Abs. 1 HGO für das Jahr 2007; - Liste 2/2007 -**
Vorlage des Magistrats
- 101.16.560 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Die Stadtverordnetenversammlung bewilligt gemäß § 114 g Abs. 1 HGO die in der beigefügten Liste 2/2007 enthaltene überplanmäßige Aufwendung/Auszahlung

im Finanzhaushalt in Höhe von 765.000,00 €.“

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei

Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: --
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 114 g Abs. 1 HGO für das Jahr 2007; - Liste 2/2007 -, -101.16.560-, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Dr. Wett

- 3. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 114 g Abs. 1 HGO für das Jahr 2007; - Liste 3/2007 -**
Vorlage des Magistrats
- 101.16.562 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Die Stadtverordnetenversammlung bewilligt gemäß § 114 g Abs. 1 HGO die in der beigefügten Liste 3/2007 enthaltene außerplanmäßige Aufwendung/Auszahlung

im Finanzhaushalt in Höhe von 99.000,00 €.“

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei

Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: Kasseler Linke.ASG
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 114 g Abs. 1 HGO für das Jahr 2007; - Liste 3/2007 -, -101.16.562-, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Rönz

- 4. Gesundheit Nordhessen Holding AG und verbundene Unternehmen Bürgschaften für die ZVK**
Vorlage des Magistrats
- 101.16.572 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Zur Sicherstellung der betrieblichen Altersversorgung der Mitarbeiter/innen im Unternehmensverbund der Gesundheit Nordhessen Holding AG wird von der Stadt Kassel im Rahmen der bestehenden Mitgliedschaften in der Zusatzversorgungskasse der Gemeinden und Gemeindeverbände des Regierungsbezirks Kassel (ZVK) die Bürgschaft gemäß beigefügtem Entwurf für einen Ausgleichsbetrag übernommen. Dieser Ausgleichsbetrag ist gemäß § 15 der ZVK-Satzung im Falle des Ausscheidens aus der ZVK von der Stadt Kassel zu zahlen. Die Bürgschaft wird für die Konzernunternehmen im dem Umfang übernommen, der dem Gesellschaftsanteil der Stadt Kassel an der Gesundheit Nordhessen Holding AG entspricht.
Bei der Klinikum Kassel GmbH bezieht sich dies zuzüglich auf die direkte Beteiligung in Form eines Anteils von 10%.

2. Der Magistrat wird ermächtigt, die in diesem Zusammenhang notwendig werdenden Erklärungen abzugeben. Diese Ermächtigung bezieht sich zugleich auch auf etwaige erforderliche redaktionelle Änderungen, Ergänzungen und dergleichen, um den Beschluss umzusetzen.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei

Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: Kasseler Linke.ASG
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Gesundheit Nordhessen Holding AG und verbundene Unternehmen, Bürgschaften für die ZVK, -101.16.572-, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Boeddinghaus

5. **FiDT Fördergesellschaft für innovative Dienstleistungen und Techniken mbH**
Änderung des Gesellschaftsvertrages
Vorlage des Magistrats
- 101.16.573 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Änderung des Gesellschaftsvertrages wird nach Maßgabe der beigefügten Synopse zugestimmt.
2. Der Magistrat wird ermächtigt, die Gesellschaftervertreter der Stadt Kassel in der Gesellschafterversammlung der FiDT zu bevollmächtigen, die in diesem Zusammenhang notwendig werdenden Erklärungen zur Änderung des Gesellschaftsvertrages abzugeben. Diese Ermächtigung bezieht sich zugleich auch auf etwaige erforderliche redaktionelle Änderungen, Ergänzungen und dergleichen, um den Beschluss umzusetzen.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: --

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. FiDT Fördergesellschaft für innovative Dienstleistungen und Techniken mbH
Änderung des Gesellschaftsvertrages, -101.16.573-, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Oberbrunner

6. City-Management

Antrag der FDP-Fraktion

- 101.16.295 -

Abgesetzt

7. Erweiterung Friedhofskapelle Oberzwehren

Antrag der CDU-Fraktion

- 101.16.465 -

Abgesetzt

10. Flughafen Kassel-Calden/Dissertation von Ulrich Hüp

Anfrage der Fraktion Grüne

- 101.16.491 -

Anfrage

In seiner Dissertation „Bewertungsverfahren für Planungsvarianten von Start- und Landebahnen bei einem Flughafen ausbau“ bezweifelt Ulrich Hüp die Genehmigungsfähigkeit des Planfeststellungsverfahrens zum Flughafen ausbau Kassel-Calden.

Wir fragen den Magistrat:

1. Sieht sich der Magistrat veranlasst, aufgrund der Dissertation von Herrn Häp, eine neue Bewertung im Planfeststellungsverfahren vorzunehmen?
2. Beabsichtigt der Magistrat eine ergänzende Stellungnahme im Planfeststellungsverfahren?
3. Welche Pläne bestehen seitens des Magistrats für den Fall, dass entsprechend der Rechtsauffassung von Herrn Häp ein ablehnender Planfeststellungsbeschluss kommt?

Stadtkämmerer Dr. Barthel beantwortet für den Magistrat die Anfrage und weitere Fragen der Ausschussmitglieder.

Die Anfrage ist durch Stadtkämmerer Dr. Barthel beantwortet.

- 8. Flughafenneubau Calden Beteiligungsrisiko prüfen**
Antrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG
- 101.16.470 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird beauftragt,

im Rahmen seiner Beteiligung an der Flughafen GmbH Kassel-Calden, die Doktorarbeit von Ulrich Häp auf planungsrechtliche Konsequenzen für Kassel-Calden zur Abschätzung des Beteiligungsrisikos zu untersuchen und darüber im August im Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen zu berichten.

Stadtverordneter Boeddinghaus begründet den Antrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG und ändert den Antrag wie folgt:

➤ **Geänderter Antrag**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird beauftragt,

im Rahmen seiner Beteiligung an der Flughafen GmbH Kassel-Calden, die Doktorarbeit von Ulrich Häp auf planungsrechtliche

Konsequenzen für Kassel-Calden zur Abschätzung des Beteiligungsrisikos zu untersuchen und darüber im **Oktober** im Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen zu berichten.

Stadtkämmerer Dr. Barthel beantwortet Fragen der Ausschussmitglieder.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei

Zustimmung: Grüne, Kasseler Linke.ASG

Ablehnung: SPD, CDU, FDP

Enthaltung: --

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der geänderte Antrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG betr. Flughafenneubau Calden Beteiligungsrisiko prüfen, -101.16.470-, wird **abgelehnt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Geselle

9. Weiterleitung der Landesmittel aus dem sogenannten „Bambini-Programm“ für die Plätze in Kindertagespflege

Antrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG

- 101.16.490 -

Abgesetzt

11. Mehrfach befristet Beschäftigte fest einstellen

Antrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG

- 101.16.500 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird beauftragt:

Die Arbeitsverhältnisse von städtischen MitarbeiterInnen, die mehr als 24 Monate in den letzten 4 Jahren in befristeten Verträgen arbeiten, in reguläre Anstellungen umzuwandeln.

Stadtverordneter Boeddinghaus begründet den Antrag der Fraktion Kasseler Linke. ASG. Oberbürgermeister Hilgen antwortet für den Magistrat.

Im Rahmen der Diskussion stellt Stadtverordneter Oberbrunner den Geschäftsordnungsantrag, die Debatte zu beenden.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei

Zustimmung: SPD, FDP
Ablehnung: CDU, Grüne, Kasseler Linke.ASG
Enthaltung: --
den

Beschluss

Der Geschäftsordnungsantrag des Stadtverordneten Oberbrunner, die Debatte zu beenden, wird **abgelehnt**.

Nach Abschluss der Beratung verzichtet Stadtverordneter Boeddinghaus heute auf eine Abstimmung und bittet, den Antrag in der nächsten Sitzung erneut auf die Tagesordnung zu nehmen.

Ohne Abstimmung, erneute Behandlung in der nächsten Sitzung.

12. Situation und weitere Entwicklung des Klinikums Kassel und der GNH
Anfrage der Fraktion Kasseler Linke.ASG
- 101.16.516 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. Ob es zutreffend ist, dass jetzt schon, wie vom Geschäftsführer des Klinikums in der letzten Betriebsversammlung geäußert, über den geplanten Stellenabbau hinaus weitere Stellenstreichungen bei der GNH notwendig bzw. geplant sind?
 1. Falls ja, in welcher Größenordnung?
 2. Falls ja, auf welcher Zeitachse?
 3. Falls ja, in welchen Bereichen?

2. Ob es zutreffend ist, dass seit Abschluss des "Zukunftssicherungsvertrages" und mit dem nun bereits einsetzenden Stellenabbau im Klinikum die Zahl der von den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen verfassten Belastungsanzeigen deutliche zugenommen hat? (Zahlenvergleich der letzten 24 Monate)
3. Wann ein abgestimmtes, medizinisch-pflegerisches Konzept für das Klinikum, welches dann als alltagstaugliches Rahmenkonzept für das Klinikum zum Einsatz kommt, vorgelegt wird?
4. Wann ein operatives, wirtschaftliches Konzept für die GNH vorgelegt wird?
5. Ob es ein Konzept zur Umsetzung des Stellenabbaus gibt? In welchem Gremium dieses ggf. vorgelegt und diskutiert wurde?
6. Wie sich der Krankenstand der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in der GNH insgesamt und im Klinikum im Besonderen in den letzten 24 Monaten entwickelt hat?
7. Wie der Magistrat, vor dem Hintergrund der Belastungen, denen die Beschäftigten sowohl in finanzieller Hinsicht als auch in Bezug auf ihre Arbeitsbelastung ausgesetzt sind, zur Durchführung einer Untersuchung der Zufriedenheit der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen im Klinikum Kassel steht?

Stadtkämmerer Dr. Barthel beantwortet die Anfrage für den Magistrat.

Die Anfrage ist durch Stadtkämmerer Dr. Barthel beantwortet.

13. Personalsituation Gesundheit Nordhessen Holding AG

Anfrage der FDP-Fraktion

- 101.16.528 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. Was gedenkt der Aufsichtsrat der Gesundheit Nordhessen Holding AG (GNH) zu unternehmen, um nach der Kündigung zahlreicher Ärzte eine hochqualifizierte medizinische Versorgung wie bisher sicherzustellen und weiteren Schaden am Klinikum zu verhindern?
2. Welche Auswirkungen haben die Kündigungen auf die zertifizierten Einrichtungen des Hauses ?
3. Wie viele Ärzte der GNH haben in den vergangenen 6 Monaten gekündigt ?

4. Wie wird dieser personelle Engpass ausgeglichen ?
5. Sieht sich der Oberbürgermeister als Aufsichtsratsvorsitzender aufgrund der Entwicklung an der GNH veranlasst, personelle Konsequenzen vorzunehmen ?
Wenn nein, warum nicht ?

Stadtkämmerer Dr. Barthel beantwortet für den Magistrat die Anfrage und weitere Fragen der Ausschussmitglieder.

Die Anfrage ist durch Stadtkämmerer Dr. Barthel beantwortet.

14. Petition zum Thema Flughafen Calden im Stadtparlament behandeln
Antrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG
- 101.16.537 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen,

die Petition der Bürgerinitiative gegen den Aus/Neubau des Flugplatzes Kassel-Calden im nächsten Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen zu diskutieren und eine Empfehlung zu den die Stadt Kassel betreffenden Punkte für die Entscheidung der Stadtverordnetenversammlung zu erarbeiten.

Stadtverordneter Boeddinghaus begründet den Antrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei

Zustimmung: Grüne, Kasseler Linke.ASG
Ablehnung: SPD, CDU
Enthaltung: --
Abwesend: FDP
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Antrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG betr. Petition zum Thema Flughafen Calden im Stadtparlament behandeln, -101.16.537-, wird **abgelehnt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Doose

Ende der Sitzung: 18:22 Uhr

Jürgen Kaiser
Vorsitzender

Heidi Woelk
Schriftführerin

Anwesenheitsliste

zur 17. öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen,
Wirtschaft und Grundsatzfragen am
Mittwoch, 20.06.2007, 17.00 Uhr
im Sitzungssaal des Magistrats, Rathaus, Kassel

Mitglieder

Jürgen Kaiser, SPD
Vorsitzender

Jürgen Kaiser

Georg Lewandowski, CDU
1. Stellvertretender Vorsitzender

i.v. Lewandowski

Gernot Rönz, Grüne
2. Stellvertretender Vorsitzender

G. Rönz

Uwe Frankenberger, SPD
Mitglied

i.v. Frankenberger

Christian Geselle, SPD
Mitglied

Christian Geselle

Dr. Bernd Hoppe, SPD
Mitglied

B. Hoppe

Gabriele Jakat, SPD
Mitglied

G. Jakat

Manfred Merz, SPD
Mitglied

Manfred Merz

Dr. Günther Schnell, SPD
Mitglied

G. Schnell

Bernd-Peter Doose, CDU
Mitglied

B. P. Doose

Eva Kühne-Hörmann, CDU
Mitglied

Kühne-Hörmann

Nicola Mütterthies, CDU
Mitglied

N. Mütterthies

Lutz Schmidt, CDU
Mitglied

Lutz Schmidt

Dr. Norbert Wett, CDU
Mitglied

N. Wett

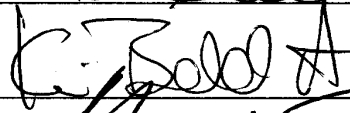
Wolfgang Friedrich, Grüne
Mitglied

i.v. Friedrich

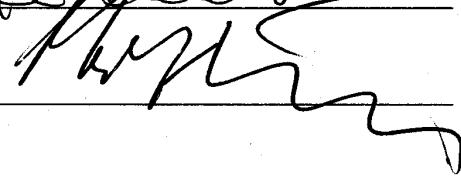
Karin Müller, Grüne
Mitglied



Kai Boeddinghaus, Kasseler Linke.ASG
Mitglied

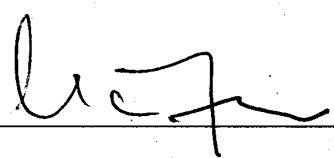


Frank Oberbrunner, FDP
Mitglied



Teilnehmer mit beratender Stimme

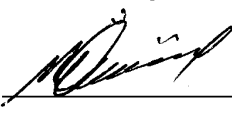
Bernd Wolfgang Häfner, FWG
Stadtverordneter



Nuray Yildirim, AUF Kassel
Stadtverordnete

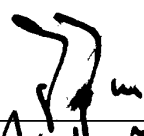
entschuldigt

Metin Öztürk,
Vertreter des Ausländerbeirates

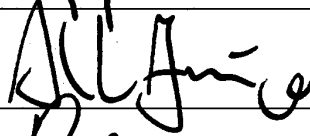


Magistrat


Bertram Hilgen, SPD
Oberbürgermeister



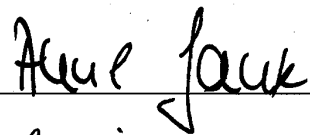
Thomas-Erik Junge, CDU
Bürgermeister




Dr. Jürgen Barthel, SPD
Stadtkämmerer



Anne Janz, Grüne
Stadträtin

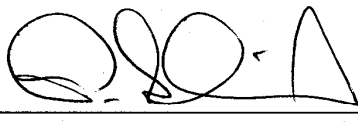


Norbert Witte, CDU
Stadtbaurat



Schriftführung

Edith Schneider,
-16-



Heidi Woelk,
Schriftführerin

